Dokumente zum Zeitgeschehen

1. Es bietet eines der unverzichtbaren Fundamente für ein stabiles sicherheitspolitisches Umfeld in Europa, gegründet auf dem Wachsen demokratischer Einrichtungen und auf dem Bekenntnis zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten, ein Europa, in dem kein Staat in der Lage ist, eine europäische Nation einzuschüchtern oder einem Zwang auszusetzen oder sich durch die Androhung oder Anwendung von Gewalt die Vorherrschaft zu sichern.
2. Es dient gemäß Artikel IV des Nordatlantikvertrags als ein transatlantisches Forum für Konsultationen unter den Verbündeten über Fragen, die ihre vitalen Interessen einschließlich möglicher Entwicklung berühren, die Risiken für die Sicherheit der Bündnismitglieder mit sich bringen, und als Forum für sachgerechte Koordinierung ihrer Bemühungen in Bereichen, die sie gemeinsam angehen.
3. Es schreckt von jeder Aggressionsdrohung und wehrt jeden Angriff gegen das Hoheitsgebiet eines NATO-Mitgliedstaates ab.
4. Es wahrt das strategische Gleichgewicht in Europa.

Andere europäische Institutionen wie die EG, die WEU und die KSZE haben in diesen Bereichen ebenfalls Aufgaben zu erfüllen nach Maßgabe ihrer Zuständigkeit und Zielsetzung. Die Schaffung einer europäischen sicherheits- und verteidigungspolitischen Identität wird die Bereitschaft der Europäer unterstreichen, ein höheres Maß an Verantwortung für ihre Sicherheit zu übernehmen, und wird dazu beitragen, die transatlantische Solidarität zu stärken.

Der Umfang seiner Mitgliedschaft und Fähigkeiten verleiht dem Bündnis jedoch eine besondere Stellung, die es ihm ermöglicht, alle vier sicherheitspolitischen Kernfunktionen zu erfüllen. Die Allianz ist das wesentliche Forum für Konsultationen unter den Verbündeten und für die Vereinbarung von politischen Maßnahmen, die sich auf die Sicherheits- und Verteidigungsverpflichtungen ihrer Mitgliedstaaten nach dem Nordatlantikvertrag auswirken.

Mit der Formulierung der Kernfunktionen des Bündnisses im oben dargelegten Sinne bestätigen die Mitgliedstaaten, daß der Wirkungsbereich des Bündnisses wie auch ihre Rechte und Pflichten aus dem Nordatlantikvertrag unverändert bleiben.

Berliner Treffen des Rates der KSZE am 19./20. Juni 1991

Zusammenfassung der Schlußfolgerungen

(Wortlaut)

I.

1. Der Rat der KSZE hielt am 19. und 20. Juni 1991 in Berlin sein erstes Treffen ab.
2. Die Minister begrüßten die Republik Albaniens als Teilnehmerstaat der KSZE im Anschluß an die Entgegennahme eines Schreibens des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Albanien, Herrn Kapllani, an den amtierenden Vorsitzenden des Rates, den Bundesminister des Auswärtigen, Herrn Genscher, in welchem sämtliche KSZE-Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten angenommen wurden.

II.

3. Die Minister führten politische Konsultationen über die Europäische Architektur und die Stärkung der Sicherheit in Europa sowie über die Festigung der Menschenrechte, von Demokratie und

Dokumente zum Zeitgeschehen

Rechtsstaatlichkeit, über Perspektiven des wirtschaftlichen Übergangs und des sozialen Wandels in Europa, über aktuelle Fragen und über die künftige Arbeit der KSZE.

Im Rahmen dieser Konsultationen kamen die Minister zu folgenden Schlußfolgerungen:

4. Sie bekräftigten erneut die Bedeutung anhaltenden politischen und wirtschaftlichen Wandels in den demokratischen Ländern, die sich auf dem Wege zur Marktwirtschaft befinden. Sie betonten die Notwendigkeit, diese Länder auch weiterhin in ihren Anstrengungen bei der Festigung der Demokratie und der Umgestaltung ihrer Wirtschaft zu unterstützen.
5. Sie bekräftigten, daß die Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Technologie und Umwelt auch weiterhin ein wichtiger Pfeiler der KSZE bleibt.
6. Sie nahmen einen Mechanismus für Konsultation und Zusammenarbeit in dringlichen Situationen an*).
7. Sie beschlossen, daß das Kommunikationsgesetz, welches gemäß den Bestimmungen des Wiener VSBM-Dokuments 1990 eingerichtet werden soll, vorzugsweise für sämtliche im Rahmen des Dringlichkeitsmechanismus vorgesehenen Mitteilungen genutzt wird. Hierfür wird das KSZE-Sekretariat in das Kommunikationsnetz einbezogen.
8. Sie billigten den Bericht des Expertentreffens von La Valetta über die Friedliche Regelung von Streitfällen und vereinbarten, gemäß den entsprechenden Empfehlungen des Ausschusses Hoher Beamter das Konfliktverhütungszentrum zur ernennenden Institution für den KSZE-Streitbeilegungsmechanismus zu bestimmen.
9. Sie begrüßten die Schaffung der Parlamentarischen Versammlung der KSZE.
10. Sie nahmen mit Genugtuung die Ergebnisse des Symposiums von Krakau über das Kulturelle Erbe der KSZE-Teilnehmerstaaten zur Kenntnis.
11. Sie luden das Zentrum für Menschenrechte der Vereinten Nationen ein, einen Beitrag zum Genfer Expertentreffen über Nationale Minderheiten zu leisten.
12. Sie luden den Europarat ein, einen Beitrag zum Moskauer Treffen der Konferenz über die Menschliche Dimension zu leisten.
13. Sie befürworteten den Austausch von Informationen und einschlägigen Dokumenten zwischen der KSZE und den wichtigsten europäischen und transatlantischen Institutionen, wie der Europäischen Gemeinschaft, dem Europarat, der ECE, der NATO und der WEU. Die Modalitäten der Beteiligung der KSZE an diesem Austausch sollten auf der nächsten Sitzung des Ausschusses Hoher Beamter ausgearbeitet und sechs Monate später überprüft werden.
14. Sie ersuchten den Ausschuß Hoher Beamter, unter Berücksichtigung der auf diesem Ersten Ratstreffen geführten Debatte für das nächste Treffen des Rates Empfehlungen über die künftige Entwicklung der KSZE-Institutionen und -Strukturen vorzubereiten. Der Konsultativausschuß des Konfliktverhütungszentrums wird die Teile der Empfehlungen beitragen, die die Stärkung der Rolle des Konfliktverhütungszentrums betreffen.
15. Sie sahen erwartungsvoll einer Folge informeller Gespräche und Konsultationen über neue Verhandlungen über Abrüstung und Vertrauens- und Sicherheitsbildung entgegen, die allen KSZE-Teilnehmerstaaten offenstehen. In diesem Zusammenhang beauftragten sie ihre Vertreter in Wien, in der Regel ihre Vertreter beim Konsultativausschuß des Konfliktverhütungszentrums, im September dieses Jahres mit informellen Vorbereitungsgesprächen zu beginnen, die zum Ziele haben, 1992 nach Abschluß des Folgetreffens von Helsinki neue, allen Teilnehmerstaaten offen-

Vgl. das folgende Dokument des Berliner Treffens. D. Red.

Dokumente zum Zeitgeschehen

stehende Verhandlungen über Abrüstung und Vertrauens- und Sicherheitsbildung aufzunehmen, wie in der Charta von Paris festgelegt. Sie beschlossen, auf dem Folgetreffen von Helsinki formelle vorbereitende Verhandlungen über das neue Forum zu führen.

16. Sie begrüßten, daß im Rahmen des Konfliktverhütungszentrums vom 8. bis 18. Oktober 1991 in Wien ein weiteres Seminar über Militärdoktrinen abgehalten wird, sowie die Möglichkeit der Durchführung weiterer, von den Teilnehmerstaaten noch zu vereinbarenden Seminare.

17. Angesichts der jüngsten Ereignisse in der Golfregion halten es die Minister für erforderlich, der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen Einhalt zu gebieten und hinsichtlich der Verlagerung konventioneller Waffen und Waffentechnologien, insbesondere in Spannungsgebiete, mehr Zurückhaltung zu üben und größere Transparenz zu gewährleisten. Diesem Anliegen sollten die KSZE-Regierungen Vorrang geben; die Minister vereinbarten, den Dialog über diese Fragen unter den KSZE-Staaten fortzuführen.

18. Sie erinnerten an die Bande der Solidarität und der Zusammenarbeit, die zwischen ihren Ländern und den Entwicklungsländern bestehen, sowie an die Bedeutung, die sie in diesem Zusammenhang der Achtung der Menschenrechte und der Förderung der Grundwerte der KSZE beimessen. Sie unterstrichen den Nutzen einer verstärkten Zusammenarbeit ihrer Länder in diesen Fragen in den geeigneten Foren.

19. Sie unterstrichen, daß die KSZE offenbleiben muß für Dialog und Zusammenarbeit mit der übrigen Welt, und nahmen das Interesse anderer Länder an der KSZE zur Kenntnis. Sie ersuchten den Ausschuß Hoher Beamter, diesen Gedanken zu vertiefen und hierüber dem Rat bei einem künftigen Treffen Bericht zu erstatten.

20. Sie vereinbarten, das nächste Treffen des Rates am 30. und 31. Januar 1992 in Prag abzuhalten.

Mechanismus für Konsultation und Zusammenarbeit in dringlichen Situationen

(Wortlaut)

Die Teilnehmerstaaten werden einander in schwerwiegenden dringlichen Situationen, die auf Grund der Verletzung eines Prinzips der Schlußakte oder größerer, den Frieden, die Sicherheit oder die Stabilität gefährdender Zwischenfälle entstehen können, gemäß folgender Bestimmungen konsultieren und zusammenarbeiten. Bei der Anwendung des Mechanismus für Konsultation und Zusammenarbeit in dringlichen Situationen sind sämtliche Prinzipien der Schlußakte, einschließlich des Prinzips der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, sowie die der Charta von Paris von vorrangiger Bedeutung und finden gleichermaßen und ohne Vorbehalte Anwendung, wobei jedes von ihnen unter Berücksichtigung der anderen ausgelegt wird.

1. Wenn ein Teilnehmerstaat der Ansicht ist, daß eine dringliche Situation, wie oben beschrieben, entsteht, kann er vom betroffenen Staat oder den betroffenen Staaten Klarstellung verlangen. In dem Ersuchen werden der Grund bzw. die Gründe der Angelegenheit dargelegt.

1.1 Der ersuchte Staat bzw. die ersuchten Staaten stellen innerhalb von 48 Stunden alle zweckdienlichen Informationen zur Verfügung, um die Situation, die dem Ersuchen zugrunde liegt, zu klären.

Dokumente zum Zeitgeschehen

1.2 Das Ersuchen und die darauf erteilte Antwort werden allen anderen Teilnehmerstaaten unverzüglich übermittelt.

2. Bleibt die Situation weiterhin ungelöst, kann jeder der betroffenen Staaten im Rahmen des in Absatz 1 oben beschriebenen Verfahrens an den amtierenden Vorsitzenden des Ausschusses Hoher Beamter ein Ersuchen um Einberufung einer Dringlichkeitssitzung des Ausschusses richten.

2.1 Jedes Ersuchen, das derselbe Staat zu einer gleichlautenden Frage zwischen zwei planmäßigen Sitzungen des Ausschusses Hoher Beamter einbringt, ist unzulässig.

2.2 In jedem Ersuchen sind die Gründe anzuführen, aus denen die Angelegenheit dringend ist und weshalb der Dringlichkeitsmechanismus der geeignetste ist.

2.3 Jedem Ersuchen ist die Bitte um Klarstellung und die gemäß Absatz 1 oben erteilte Antwort beizufügen.

2.4 Nach Eingang des Ersuchens benachrichtigt der amtierende Vorsitzende des Ausschusses Hoher Beamter unverzüglich alle Teilnehmerstaaten sowie das KSZE-Sekretariat und unterbreitet die einschlägige Dokumentation.

2.5 Darüber hinaus nimmt der Vorsitzende mit den betroffenen Staaten innerhalb von 24 Stunden nach Eingang des Ersuchens Kontakt auf.

2.6 Sobald zwölf oder mehr Teilnehmerstaaten das Ersuchen innerhalb von höchstens 48 Stunden durch eine entsprechende Mitteilung an den Vorsitzenden unterstützt haben, verständigt dieser unverzüglich alle Teilnehmerstaaten von Datum und Zeitpunkt des Treffens, das frühestens 48 Stunden und spätestens drei Tage nach dieser Mitteilung abzuhalten ist. In der Mitteilung werden auch die Gründe für das Treffen und dessen Tagesordnung angeführt.

2.7 Vorbehaltlich der in den Absätzen 2.1 und 2.6 oben aufgeführten Bedingungen kann weder eine Beurteilung der Fakten noch eine mögliche Meinungsverschiedenheit über die Stichhaltigkeit der für die Einberufung einer Dringlichkeitssitzung geltend gemachten Gründe Anlaß zur Verschiebung oder Verhinderung einer Dringlichkeitssitzung geben.

2.8 Das Treffen findet am Sitz des Sekretariats statt und dauert höchstens zwei Tage, sofern nichts anderes vereinbart wurde.

2.9 Die Tagesordnung der Dringlichkeitssitzung besteht aus einem einzigen Punkt. Dieser ist in demselben Wortlaut zu formulieren, wie er in der in Absatz 2.6 vorgesehenen Mitteilung gebraucht wurde. Eine Änderung ist nicht möglich. Der Vorsitzende trägt dafür Sorge, daß die Diskussionen nicht vom Gegenstand der Tagesordnung abweichen.

2.10 Den Vorsitz bei dem Treffen führt der Vertreter jenes Staates, der den Vorsitz im Ausschuß Hoher Beamter wahrnimmt.

2.11 Ist der Vorsitzende des Ausschusses Hoher Beamter Angehöriger eines der betroffenen Staaten wie in Punkt 1 oben beschrieben, führt den Vorsitz bei dem Treffen der Vertreter des nächsten Staates nach der Reihenfolge des französischen Alphabets, der von der Situation nicht betroffen ist.

2.12 Zu Beginn der Verhandlung gibt der Vorsitzende eine kurze Erklärung ab, in der die Fakten und die einzelnen Phasen, die zur Entstehung der Situation geführt haben, nochmals dargelegt werden. Er gibt daraufhin bekannt, wie viele Redner um das Wort gebeten haben, und eröffnet die Debatte.

2.13 Je nachdem, wie es die Situation beurteilt, kann das Treffen Empfehlungen oder Schlußfolgerungen zur Herbeiführung einer Lösung vereinbaren. Es kann außerdem beschließen, ein Treffen auf Ministerebene einzuberufen.

2.14 Die Verfahren zur Einberufung von Treffen nach diesem Mechanismus führen in anderen Situationen zu keiner Abänderung der Konsensregel.

3. Die oben beschriebenen Verfahren werden nicht anstelle des Mechanismus betreffend ungewöhnliche militärische Aktivitäten angewendet.

4. Die oben beschriebenen Mitteilungen zwischen Teilnehmerstaaten werden vorzugsweise durch das VSBM-Kommunikationsnetz übermittelt.

Die oben erwähnten Verfahren werden beim Folgetreffen von Helsinki einer Prüfung unterzogen und, falls erforderlich, revidiert.

„Einig über die Chance“

Zusammenfassung eines amerikanisch-sowjetischen Programms für die politische und wirtschaftliche Reform der UdSSR (Allison-Jawlinski-Plan) in der „Iswestija“ vom 17. Juni 1991

(Wortlaut)

Eine amerikanisch-sowjetische Arbeitsgruppe unter Leitung von Graham Allison, Professor of Government an der Harvard University, und Grigori Jawlinski, Wirtschaftswissenschaftler und ehemals stellvertretender Ministerpräsident der Russischen Föderation, hat im Juni ein Programm vorgelegt, das den schrittweisen, mit politischen Reformen abgestimmten und mit westlicher Hilfe zu vollziehenden Übergang zur Marktwirtschaft in der Sowjetunion in einem Zeitraum von sechs Jahren vorsieht. Der mehr als hundertseitige Reformplan wurde den Präsidenten der USA und der Sowjetunion übergeben. Die sowjetische Regierungszeitung „Iswestija“ veröffentlichte in ihrer Ausgabe vom 17. Juni 1991 eine Zusammenfassung des Programms, die wir nachstehend dokumentieren. D. Red.

Die Autoren des Programms „Einig über die Chance“ sind der Auffassung, daß, um den Erfolg zu sichern, mindestens drei Bedingungen eingehalten werden müssen. Erstens: den beiderseitigen Nutzen zu sichern, damit keiner der am Prozeß Beteiligten sich von Wohltätigkeitsvorstellungen leiten oder sich gar unter Druck setzen läßt.

Die zweite Bedingung: Die Strategie des Zusammenwirkens der Seiten muß etappenweise, Schritt für Schritt, realisiert werden. Die Initiativen müssen präzise synchronisiert sein, damit die westliche Unterstützung jener Wirtschaftssphäre zu der Zeit zugute kommt, wo im gegebenen Moment die Reformen verwirklicht werden. Nur dann können die Mittel mit maximalem Nutzen eingesetzt werden.

Die dritte Bedingung ist schließlich wechselseitiges Vertrauen. Die UdSSR und der Westen haben bereits einen großen Weg von der gegenseitigen Skepsis zu immer stärkerem gegenseitigen Vertrauen zurückgelegt. Die in diese Richtung zielenden Handlungen der Führer beider Seiten haben unsere Welt verändert.

Niemand ist in der Lage, für die Sowjetunion zu tun, was sie für sich selbst tun muß. Wählt aber die UdSSR, ausgehend von ihren ureigenen Interessen, den Weg zur ökonomischen und politischen Demokratie, so liegt es im Interesse des Westens, diese Wahl nicht nur mit Worten, sondern auch